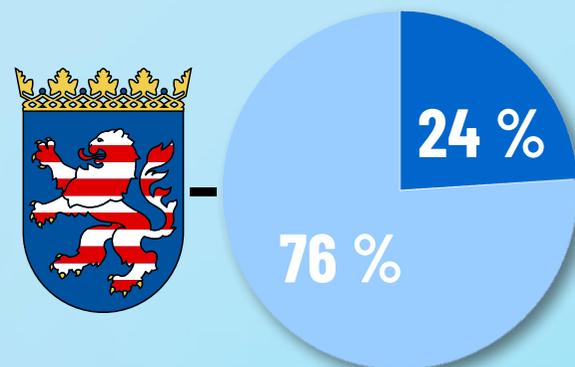
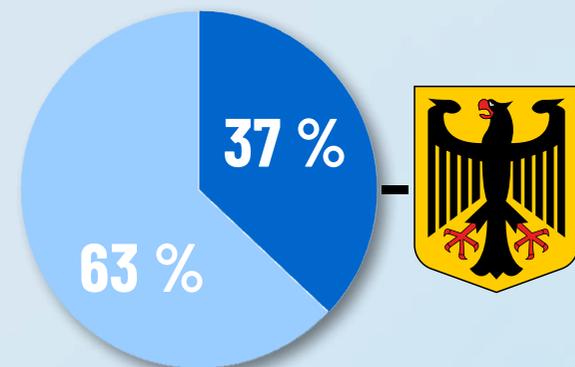


WIRD DAS BÜRGERGELD ZUM MIGRANTENGELD?

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt: Im Dezember 2023 hatten von den knapp vier Millionen erwerbsfähigen Bürgergeldbeziehern 63,1 Prozent einen Migrationshintergrund. In Hessen waren es sogar über 76 Prozent.



Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Migrationshintergrund

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte ohne Migrationshintergrund

1058 Euro

Altersrente im Monat. So niedrig war der durchschnittliche Zahlbetrag für diejenigen, die 2022 in Rente gegangen sind. Das ist zu wenig, um davon in Würde zu leben. (Quelle: DRV-Ergebnisse auf einen Blick 2024)



WARUM MACHT UNS DIE AMPEL ARM?

Inflation, die ungehemmte Zuwanderung und die Regelungswut der Ampelregierung haben die Lebenshaltungskosten in Deutschland in die Höhe getrieben. Dies zerstört Vermögen und Existenzen von Familien, Rentnern, Mittel- und Geringverdienern und lässt die Reallöhne weiter schrumpfen. Dringend benötigte Wachstumsmaßnahmen wie niedrigere Energiepreise, steuerliche Entlastungen von Bürgern wie auch von Unternehmen und der vielfach beschworene Bürokratieabbau lassen indes auf sich warten.

Die Ampelregierung hat die Krise zum Dauerzustand gemacht. Wir kämpfen für die Abwendung der Dauerkrise – unter anderem durch eine einwanderungspolitische Kehrtwende, um den Wohlstandsverlust in Deutschland zu stoppen.

ALTERSARMUT UND RENTE – UNSERE ANTRÄGE



Unser Antrag

Rentenüberleitung würdig abschließen – Fondslösungen mit Einmalzahlungen

Drucksache 20/6816

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/068/2006816.pdf>



Unser Antrag

Altersarmut in Deutschland – Einführung eines 25-Prozent-Freibetrages für Rentner in der Grundsicherung

Drucksache 20/7461

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007461.pdf>



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



FOLGEN SIE UNS

- AfDBundestag.de
- fb.com/AfDimBundestag
- @AfDimBundestag
- youtube.com/AfDFraktionimBundestag
- instagram.com/afdimbundestag/
- tiktok.com/@afdfraktionimbundestag
- Rundbrief-Abonnement: <https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Juli 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

Arm durch die Ampel?

Wir stoppen die Kostenlawine!

Das 10-Punkte-Programm der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Die Ampelregierung schränkt den Wohn- und Lebensraum der Bürger durch immer neue Auflagen ein und belastet sie mit stetig steigenden Kosten.

So will die AfD-Bundestagsfraktion diese Probleme lösen:

1. Zuwanderungspolitik reformieren – Migration bedingt Armut

Migranten belasten in starkem Maße unsere Sozialsysteme und den Wohnungsmarkt, tragen aber kaum zu unserem Wohlstand bei. Wir streiten für die konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer, eine restriktive Zuwanderungspolitik sowie Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber (Bundestagsdrucksache 20/4051).

2. Arbeit muss sich wieder lohnen – Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags

Arbeit muss sich wieder lohnen. Einem Vollzeitbeschäftigten muss von seinem Einkommen deutlich mehr übrig bleiben als der Regelsatz eines Bürgergeldempfängers. Wir dringen daher auf eine sofortige Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer auf 14.000 Euro pro Jahr (Bundestagsdrucksache 20/10975).



3. Keine Belastung durch unkontrollierte Zuwanderung

Durch die unkontrollierte Zuwanderung wird nicht nur der Wohnraum verknappt. Auch die steuerlichen Belastungen für die deutschen Bürger steigen, da diese mit ihren Steuern die Kosten zur Unterhaltung von Migranten – mittlerweile rund 50 Milliarden Euro pro Jahr – tragen.

Wir fordern deshalb: Sachleistungen statt Geldleistungen für Migranten und Bürgergeld nur für deutsche Staatsbürger. Ausländer aus EU- und Drittstaaten sollen zudem erst nach einer 5-jährigen existenzsichernden Tätigkeit in Deutschland und begrenzt auf 12 Monate Anspruch auf Bürgergeld haben (Bundestagsdrucksache 20/4051 und 20/10063).

4. CO₂-Abgabe abschaffen

2024 ist der CO₂-Preis pro Tonne Erdgas, Heizöl, Benzin und Diesel auf 45 Euro gestiegen. Die Kosten fürs Heizen und Tanken werden sich bis 2027 voraussichtlich jedes Jahr weiter erhöhen. Ein Ende der CO₂-Abgabe würde Treibstoffe unmittelbar verbilligen, Bürokratie abbauen und insbesondere den finanziell Schwachen helfen (Bundestagsdrucksache 20/8877 und 20/10195).



5. Energie- und Stromsteuer senken

Deutschland gehört weltweit zu den Ländern mit den höchsten Strom- und Energiepreisen. Schuld daran sind Kernenergieausstieg, Energiewende, Russland-Sanktionen und Steuern. Wir fordern als Sofortmaßnahme eine spürbare Reduzierung der Strom- und Energiesteuer für alle Verbraucher und zusätzlich ein Umsteuern in der Energiepolitik (Bundestagsdrucksache 20/10729).

6. Ermäßigter Steuersatz in der Gastronomie

Das Ladensterben in unseren Innenstädten schreitet infolge der von der aktuellen Bundesregierung betriebenen Politik unwillkürlich voran. Insbesondere die gastronomischen Betriebe sind davon betroffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Restaurantbesuch durch eine Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie auf sieben Prozent auch weiterhin bezahlbar bleibt (Bundestagsdrucksache 20/8416).



7. Inflation beim Mindestlohn berücksichtigen

Damit der Mindestlohn seine Schutzfunktion erfüllen kann, soll bei dessen Festlegung neben der Tarifentwicklung künftig auch die Inflation berücksichtigt werden (Bundestagsdrucksache 20/4319).

8. Eigenvorsorge erleichtern – Sparerpauschbetrag erhöhen

Um den Sparern die eigene Altersvorsorge zu erleichtern, soll der Sparer-Pauschbetrag von bislang 1000 Euro auf 3000 Euro erhöht werden (Bundestagsdrucksache 20/4324).

9. Entfernungspauschalen für Arbeitnehmer erhöhen und an die Preisentwicklung anpassen

Als Ausgleich für die steigenden Kraftstoffpreise soll die steuerliche Entfernungspauschale für jeden vollen Kilometer auf 0,50 Euro erhöht und automatisch an die Inflationsrate angepasst werden (Bundestagsdrucksache 20/9318).



MIGRANTEN BELASTEN IN STARKEM MAÑE UNSERE SOZIALSYSTEME UND DEN WOHNUNGSMARKT, TRAGEN ABER KAUM ZU UNSEREM WOHLSTAND BEI.

10. Grunderwerbsteuer auf selbst genutzte Wohnimmobilien sowie Grundsteuer abschaffen

Unzählige Bauvorschriften, die Baukrise und die ungesteuerte Zuwanderung haben den Wohnraum in vielen Teilen Deutschlands verknappt. Außerdem sind dadurch, wie auch durch die Politik der EZB, die Preise für Immobilien so stark gestiegen, dass sie kaum noch bezahlbar sind.

Wir wollen die Grunderwerbsteuer auf selbst genutzte Wohnimmobilien ersatzlos streichen. Auch das Bürokratiemonster Grundsteuer muss dringend abgeschafft werden, um Mieter, Eigentümer und Verwaltung zu entlasten. Die Kommunen sollen in diesem Fall als Kompensation zur Grundsteuer einen Teil der Einkommensteuer erhalten.

Viele dieser Forderungen hat die AfD-Bundestagsfraktion bereits in den Bundestag eingebracht, zum Beispiel mit dem Antrag »Erfolgsmodell Einfamilienhaus stärken – Eigentum, Freiheit und Familien massiv fördern« (Bundestagsdrucksachen 20/10728 und 19/11125).

